Der oberschlesische Wanderer.

(Oberschlesische Zeitung)

Gegründet 1828.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Bezugs-Preis bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, im Voraus zahlbar; bei den Postanstalten viertelj. 1,80 Mk. Probenummern kostenfrei.

Anzeigenpreis für die Petitzeile im Anzeigentheil (50 m/m) 15 Pfg., („Kleine Anzeigen" aus dem Industriebezirk 10 Pfg. die Zeile); für die Empfehlungszeile (100 m/m) 50 Pfg.; Beilagengebühr 4,00 Mk. für das Tausend. Belagnummer 10 Pfg.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirkes, bewährtestes Anzeigenblatt.

Geschäftsstellen: Gleiwitz, Kirchplatz 1, Zabrze, Bahnhofstraße 2.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Jeden Sonntag: achtseitiges „Illustriertes Sonntagsblatt" als Beilage.

Fernsprechanschluß: Amt Gleiwitz Nr. 16. Teleg. Wanderer Gleiwitz.

No. 92. Gleiwitz, Sonnabend, den 21. April 1900. 73. Jahrgang.

Der südafrikanische Krieg.

Die Stille vor dem Sturm hält noch an: abgesehen von der gen Mittheilung, wonach die Buren die Brücke bei Bethulie rt haben, ist seit gestern keine weitere besonders bemerkenswerthe glaubwürdige Nachricht vom Kriegsschauplatze eingegangen. ei aber rast der See und will seine Opfer haben, und zwar in Gestalt von englischen Generalen: Gatacre ist abberufen, rren ebenfalls und nun soll auch der grrroße Buller, von man so Vieles erwartet hatte, daran glauben. Man muß dies igstens als bestimmt annehmen, da auch dieser Feldherr in letzthin veröffentlichten Roberts'schen Berichte übel wegkam. n wird vielleicht auch noch Thornycroft an die Reihe men, da man die Kritik dieses Heerführers, der den Rückzug vom onskop anordnete, mit Rücksicht auf die heillose Konfusion, die Generalstabe herrschte, für ungerecht hält. Hierzu kommt, daß Paardeberg, wo Kitchener in Abwesenheit Roberts kommann, auch ein Bruch zwischen Roberts und diesem nem Generalstabschef besteht, so daß Kitchener seit jenem e nicht wieder an Roberts' Seite zu finden war, sondern nach ten abkommandirt wurde. Als Roberts am Abend auf das echtsfeld von Paardeberg sprengte, war das Gefecht abgebrochen. ne Kritik lautete: „Unnützes Blutvergießen!" Auch bei dieser lacht sollen Differenzen zwischen den Führern vorgekommen sein, Kitchener seinen Willen eines Frontangriffes durchsetzte. Die regung in England über diese Enthüllungen ist unbeschreiblich in militärischen Kreisen herrscht, nach dem „B. T.", nur Ansicht, daß Roberts' Bericht dem Publikum und der ee nicht preisgegeben werden durfte, da letztere dadurch vollig das Vertrauen in die bisherigen Führer verlieren muß. timmt, denn die Disziplin und Siegeszuversicht wird dadurch o wenig gefördert wie durch das ewige Stilleliegen der Roberts-Armee bei Bloemfontein. Daß es mit der Operationsfähigkeit s an Zahl zwar gewaltigen, an Tüchtigkeit aber anscheinend t winzigen Heeres übel beschaffen ist, geht immer bestimmter us hervor, daß man über seine Bewegungen so gut wie gar nichts r vernimmt. Auf die Schlagfertigkeit dieser Armee wirft eine ßerung des englischen Kriegsberichterstatters Winston Churchill, 250 000 Mann zur Bezwingung der Buren für erforderlich hält, neues Licht. Das Haupterforderniß des englischen Erfolges sei bleibe der Pferdeersatz. Zwar sei schon eine große Zahl von den angekommen, aber infolge der Thatsache, daß ihnen nicht t gegeben wird, sich von den Anstrengungen der Reise zu erholen, daß sie sofort an die Arbeit gehen müssen, sei ihr Zustand lecht und ihre Sterblichkeit groß. Bei der voraussichtlich langen er des Krieges würden noch Tausende von Pferden gebraucht den; man müßte deshalb Ruhedepots einrichten, wo sie sachgepflegt und einexercirt würden. Bei einem solchen Verren würde in etwa vier bis fünf Monaten (!) die Kavallerie neuem Leben und neuen Kräften kommen. Danach könnte o Lord Roberts immer noch ein paar Monate lang in oemfontein festliegen! Eigenthümlich berührt es auch, ß englische militärische Fachzeitschriften die Ausländer, die auf eiten der Buren kämpfen, mit „Söldner" bezeichnen. Es kann der glischen Nation doch nicht verborgen sein, daß die gegen die engchen Heere kämpfenden Skandinavier, Deutschen, Franzosen und meritaner dies nicht aus Gewinnsucht wegen hohen Soldes thun, ndern, weil sie der Ansicht sind, daß das Recht auf Seiten der dafrikanischen Republiken sei. Wenn irgend eine Truppe oder mer eine Söldnertruppe ist, so ist es gerade das stehende englische er. Seine Angehörigen, mit Ausnahme der sportliebenden Offiier, dienen um Sold und „verkaufen", nach englischer, geschmackser Ausdrucksweise, ihren Muth und Körper für einen Schilling Tag. Tommy Atkins, der englische Landsoldat, ist allerdings allmählich in der Achtung der englischen Bürger gestiegen; in higen Zeiten stand er darin so tief, daß er in Uniform in vielen wirthschaften überhaupt nichts verabfolgt erhielt.

Die Zerstörung der Brücke bei Bethulie beweist, ß die Buren mit allem Ernst daran gehen, die Verbindungen es Feindes gründlich zu unterbrechen, und daß diese Zerstörung i Bethulie ziemlich gelungen sein muß, läßt sich daraus schließen, s aus Capstadt gemeldet wird, es solle Ende der Woche eine neue weilige Eisenbahnbrücke eröffnet werden. Da eine neue, fast einen ben Kilometer lange Eisenbahnbrücke über einen Strom wie der ranjefluß sich nicht in wenigen Tagen herstellen läßt, muß man nehmen, daß die Sprengung der Brücke bei Bethulie schon einige eit zurückliegt und damit würde auch stimmen, daß auf der Eisenahnlinie East London—Bethulie schon seit einigen Wochen Transporte nach Bloemfontein nicht mehr angenommen worden sind.

Ueber das Schicksal von Wepener liegen auch heute keine verläßlichen Mittheilungen vor. Einer Privatmeldung zufolge wäre Wepener am 15. d. gefallen. Sämmtliche Ersatztruppen des Generals Brabant sollen von den Buren bei Middelspruit und Colesberg umzingelt sein. Aus Maseru, das oberhalb von Wepener am Caledonfluß liegt, meldet man vom 18. d., daß die dortige Gegend infolge heftiger Regengüsse schwer leidet. Alle Flüsse seien ausgetreten, der Boden aufgeweicht, die Laufgräben mit Wasser angefüllt.

Ueber die Lage Bullers in Ladysmith wissen die englischen Telegramme nichts zu melden, dagegen verbreiten sich den offenbaren Schwindel, die Buren in Natal seien uneinig, ihre Kommandos seien über die Hügelkette zwischen dem Sonntagsfluß und Dundee verstreut. Da die Buren einen britischen Vormarsch längs des Waschbankthals erwarten, legten sie (trotz der Uneinigkeit?) Befestigungen an, die an jedem Theil der Höhenzüge einen Widerstand ermöglichen. Ihr Hauptquartier soll Platikulu, ihre Stärke 15 000 Mann sein.

Weiter liegt eine englische Nachricht aus Boshof, nordwestlich von Bloemfontein, vor, nach der eine Patrouille der Kappolizei am 13. Nachmittags mit zwei Wagengespannen und 200 Stück Ochsen nach dort zurückgekehrt sei; sie hätte eine kleine Burenabtheilung erblickt, die sich jedoch zurückzog.

Das „Amtsblatt" der Kapcolonie veröffentlicht eine Bekanntmachung, daß die Waarenzufuhr aus der Kapcolonie nach dem als Oranjefreistaat bekannten Gebiete wieder gestattet wird, da bestimmte Theile desselben von britischen Truppen besetzt sind. Wie man ferner dem „Manchester Guardian" aus Kapstadt berichtet, sind in Philipstown, einen holländischen Bezirke, in dem der Kriegszustand proklamirt ist, politische Versammlungen verboten, während in den ebenfalls unter Kriegsgesetz stehenden Orten Hopetown, Colesberg, Dordrecht, Aliwal North und Steinsburg Versammlungen abgehalten werden dürfen, auf denen die Annexion der beiden Burenrepubliken gefordert wird. In vier weit von einander getrennten Bezirken gründeten die holländischen Einwohner kooperative Genossenschaften für Einfuhr von Waaren direkt aus Europa und Amerika. Im Bezirke Umwoti in Natal hält sich die holländische Bevölkerung ihre eigenen Aerzte, Anwälte, Zeitungen und Verkaufsläden und strebt überhaupt danach, eine eigene Gemeinde zu bilden. Die Friedenspetition der Kapkolonisten an das englische Volk erhielt 20000 Unterschriften. Das in Kapstadt erscheinende Afrikander-Blatt „South African News" wird in Natal durch die Zensurbehörde verboten. Das in Grahamstown erscheinende imperialistische „Journal" dringt darauf, daß in der Kapkolonie die Verfassung suspendiert und das Land in drei getrennte Kolonien getheilt werde. Auch die „Cape Times" verlangt Aufhebung der Verfassung in der Kapkolonie.

Die holländische Königin Wilhelmina empfing gestern Nachmittag im Haag in besonderer Audienz die Mitglieder der südafrikanischen Mission mit den Gesandten Dr. Leyds und Dr. Müller. Die Mitglieder der Mission mit den beiden genannten Herren hatten am Nachmittag außerdem eine zweistündige Besprechung mit dem Staatsrath Asser.

In Paris kam es am Mittwoch bei dem Trauergottesdienst für den auf Burenseite gefallenen Obersten Villebois zu verschiedenen englandfeindlichen Kundgebungen. Als eine große Anzahl Zuschauer, darunter viele Offiziere in Uniform, die Notre Damekirche verließen, wurden sie mit den Rufen: „Es leben die Buren! Nieder mit den Engländern!" begrüßt. Die Polizei mußte einschreiten und die Menge auseinandertreiben. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, ein Polizist wurde erheblich verwundet.

Den letzten uns zugehenden Nachrichten entnehmen wir noch folgende Mittheilungen:

London, 19. April. In hiesigen militärischen und politischen Kreisen erblickt man den Grund zur Veröffentlichung der das Verhalten Bullers, Warrens und Thornycrofts in den Kämpfen am Tugela so scharf kritisirenden Depesche des Lord Roberts darin, daß die englische Regierung die Entfernung des Generals Buller wünschte, diese aber wegen der großen Beliebtheit des Generals in hohen Kreisen nicht durchsetzen konnte. Durch die Veröffentlichung glaubt man Buller unmöglich gemacht zu haben. Bestärkt wird diese Annahme dadurch, daß der „Standard", das Organ der Regierung, nachdem er gestern das Gerücht von der Abberufung Warrens verbreitet hatte, heute energisch die Abberufung Bullers und Warrens fordert.

London, 19. April. Im Feldhospital in Bloemfontein liegen 2000 Kranke, meist an Typhus und Dysenterie; die Transportschwierigkeiten verzögern die Einrichtung des allgemeinen Hospitals. — 250 Buren brachen am 18. d. von Watervalonder auf, um durch Zoutpansberg zu marschiren und Carrington's von Beira kommenden Truppen entgegenzutreten. Wie aus London verlautet, haben die Buren noch nicht gegen den Durchmarsch englischer Truppen durch portugiesisches Gebiet über Beira nach Rhodesien protestirt, woraus man in London schließt, daß die Buren sich ebenfalls bei nächster Gelegenheit nicht geniren werden, auf portugiesisches Gebiet überzutreten. General Carrington ist bereits in Beira angekommen. Eine Abtheilung Australier ist im Voraus auf der Eisenbahn nach Salisbury befördert worden. Die Engländer hegen die optimistische Hoffnung, daß diese Truppen sehr bald nach Maseking gelangen werden.

Haag, 19. April. Bei der Audienz der Mitglieder der Südafrikanischen Mission im Kgl. Palais dauerte die Unterredung mit der Königin eine Viertelstunde. Die Königin antwortete auf die Ansprache Fischers sehr huldvoll. Die Mitglieder der Mission sind von dem Empfange, der ihnen von den beiden Königinnen zu Theil wurde, sehr befriedigt.

Deutsches Reich.

Berlin, den 20. April 1900.

Der Kaiser soll, wie englische Blätter mittheilen (oder wünschen?) die Absicht haben, England auch in diesem Jahre zu besuchen. Der Kaiser würde hiernach etwa am 3. August an Bord der „Hohenzollern" in Cowes eintreffen, um an der dortigen Yachtregatta theilzunehmen. Einem Hofklatschblatt zufolge werde die Königin Viktoria ihren ältesten Urenkel, den deutschen Kronprinzen einladen, sie im nächsten September in Balmoral zu besuchen. — Nach Mittheilungen aus München begiebt sich Prinz Leopold von Bayern am 6. Mai in Vertretung des Prinzregenten zur Feier der Großjährigkeit des deutschen Kronprinzen nach Berlin. — Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung bewilligte gestern die Forderung von 50 000 Mark zur Ausschmückung der Stadt für den Empfang des Kaisers von Oesterreich mit 94 gegen 20 Stimmen. Die Minderheit bestand aus sämmtlichen Sozialdemokraten und dem Stadtverordneten Markgraf von der neuen Fraktion der Linken.

In der Berliner Bürgermeisterfrage will der „Vorwärts" erfahren haben, daß Bürgermeister Brinkmann keine Aussicht habe, bestätigt zu werden. Die Sache habe bereits die vorbereitenden Stadien der Entscheidung durchlaufen und ruhte jetzt bei Herrn von Rheinbaben, der sich entschlossen habe, beim Kaiser die Nichtbestätigung des Herrn Brinkmann aus drei Gründen zu beantragen, einmal wegen der geringen Majorität bei der Wahl, sodann weil die Brinkmann'schen Wähler dieselben Stadtverordneten seien, die in dem Denkmal für die Märzgefallenen die Revolution verherrlichen wollten, und endlich weil der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Graf Bismarck, berichtet habe, Herr Brinkmann sei keine so hervorragende Kraft, wie Berlin als Bürgermeister haben müsse. — Vermuthlich handelt es sich bei dieser Mittheilung nur um einen sozialdemokratischen Fühler. — Nach neueren Meldungen soll übrigens der Bericht über die Wahl Brinkmanns erst am Mittwoch an den Oberpräsidenten abgegangen sein, eine glaubwürdige Meldung über die Bestätigung oder Nichtbestätigung kann daher augenblicklich noch nirgends vorliegen.

Zur Flottenfrage. Die zur Kostendeckung für die Flottenvermehrung in der Budgetkommission des Reichstages gemachten Steuervorschläge sind auf ihre Durchführbarkeit und Ertragsfähigkeit vom Reichsschatzamte eingehend geprüft worden. Das Ergebniß dürfte nun zunächst dem Bundesrath vorgelegt werden, bevor es an die Budgetkommission des Reichstages gelangt. Ernstlich in Betracht kommt nach heute vorliegender Versicherung nur die Erhöhung der Lotteriesteuer und der Börsensteuern; die Besteuerung der Connossamente und Schiffspassagierbillets würde finanziell nicht ins Gewicht fallen und könnte dahin führen, den Verkehr von den deutschen Linien abzulenken, was vermieden werden muß. Auch das Erträgniß einer Saccharinsteuer und der Erhöhung des Zolls auf ausländische Champagner und Liqueure, sowie importirte Cigarren und Cigaretten unter gleichzeitiger Einführung einer Verbrauchsabgabe auf inländischen Schaumwein würde nicht von Belang sein. Von der Einführung einer Reichserbschafts- oder Reichseinkommensteuer ist keine Rede.

Beschäftigung schulpflichtiger Kinder. Nachdem die von der Reichsverwaltung veranstaltete Erhebung über die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Anlagen zu Ende geführt ist, haben einige Regierungspräsidenten Polizeiverordnungen zur Verhütung der mit dieser Beschäftigung verbundenen gesundheitlichen Gefahren geplant. Entgegen der Annahme, daß es sich hierbei um ein neues Prinzip des Arbeiterschutzes handele, wird nun bemerkt: In der Gewerbeordnung, wie sie bis zum Jahre 1891 bestand, war der Kinderschutz bereits vorgesehen. Danach durften Kinder unter 12 Jahren nicht beschäftigt werden und die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren durfte die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten. Auch war für den regelmäßigen Besuch der Schule Vorkehrung getroffen. In der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891 wurde dieser Schutz noch weiter ausgedehnt, soweit als möglich, denn es wurde die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren überhaupt verboten. Allerdings bezogen und beziehen sich alle diese Vorschriften nur auf die Fabriken, die übrigen gewerblichen Anlagen sind davon ausgenommen. Während sonach in den Fabriken nur noch wenige unter 14 Jahre alte Personen beschäftigt werden und Deutschland in dieser Richtung beim Schutz der schulpflichtigen Kinder nicht weiter gehen kann, haben sich in anderen gewerblichen Anlagen Mißstände in der Beschäftigung der Kinder ergeben, die eine Abhilfe nothwendig machen. Nachdem die deutsche Industrie dem Verbote der Kinderarbeit Anfangs der neunziger Jahre ihre Zustimmung gegeben hat, ist es selbstverständlich, daß sie auch mit allen zweckmäßigen, auf die Erhaltung der Gesundheit der Kinder bei der Beschäftigung in anderen Gewerben abzielenden Verordnungen einverstanden ist. Es wird denn auch schon gemeldet, daß die industriellen Vereinigungen, die von den Regierungspräsidenten zur Begutachtung der geplanten Polizeiverordnungen aufgefordert wurden, nichts dagegen einzuwenden hatten. Es wird also künftig auch in anderen gewerblichen Anlagen die Kinderbeschäftigung einer gewissen Ordnung unterzogen. Zu wünschen ist nur, daß die Ueberwachung der Durchführung der Anordnungen möglichst lückenlos erfolgen kann. Jedenfalls ersieht man auch hier, daß die Industrie bahnbrechend auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vorgegangen ist. Man wird ihr das Zeugniß nicht versagen können, daß sie auf die Besserung der Verhältnisse der Arbeiter sehr fördernd eingewirkt hat.

Kunsthonig und Naturhonig. Die Petitionskommission des Reichstages berieth vor einigen Tagen über die Eingaben des baierischen Landesbienenzuchtvereins zu München und der Leipziger „Bienenzeitung", in denen um den Erlaß eines Honiggesetzes ersucht wird, durch das untersagt werden soll, künstliche Erzeugnisse mit oder ohne Beimischung von Honig mit dem irreführenden Namen „Honig" zu bezeichnen und in den Handel zu bringen. Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Bienenzucht, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Ein neuer Eisenbahntarif tritt nach Meldungen aus Belgrad am 1. Mai für den directen Güterverkehr zwischen Deutschland einerseits, Serbien, Bulgarien und der Türkei andererseits ins Leben. Deutschland gewährt Serbien für Getreide, Pflaumen, todtes Geflügel und Eier dieselben Tarifsätze wie Rußland gegenüber. Serbien wendet dagegen Deutschland gegenüber für Eisen, Stahl, Eisenbahnfahrzeuge und Maschinen dieselben Tarifsätze wie Oesterreich-Ungarn gegenüber an.

Die Sonderbesteuerung der Waarenhäuser sehnt man auch im Königreich Sachsen herbei. Gestern nahm die dortige zweite Kammer einstimmig einen Beschlußantrag an, die Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Waarenhäuser vorzulegen.

Die bayerische Abgeordnetenkammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit zwei wichtigen Tagesfragen, dem bekannten Flaggenerlaß und der lex Heinze. In der gestrigen Angelegenheit erklärte der Ministerpräsident Freiherr von Crailsheim, daß die darüber verbreiteten Darstellungen Unterstellungen zeigen, die auf das Schärfste zu mißbilligen seien. Die Regierung sei jederzeit für Deutschlands Größe und Macht eingetreten und habe nie ein Hehl aus ihrer Freude gemacht, Bayern als ein Glied des Deutschen Reiches zu sehen, von dessen Glanz auch ein Schimmer auf das